

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Straßenprostitution verbieten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, durch den Erlass einer entsprechenden Verordnung ein Verbot der Straßenprostitution im Bereich der Kurfürstenstraße und deren Nebenstraßen bis hin zum Nollendorfplatz sowie in anderen, hiervon in erheblichem Maße betroffenen Teilen des Stadtgebiets umzusetzen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Oktober 2017 zu berichten.

Begründung:

Seit Jahren verschärft sich das Problem der Straßenprostitution immer weiter. Eines der bekanntesten Beispiele ist die Kurfürstenstraße. Die Leidtragenden sind allen voran die Anwohner, in besonderem Maße Kinder und Jugendliche sowie Gewerbetreibende. Neben benutzen Verhütungsmitteln sind vor allem gebrauchte Spritzen zum Konsum harter und illegaler Drogen ein großes Problem. Dies zieht ein äußerst kriminelles Milieu nach sich und gefährdet zuallererst Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus sind die eigentlichen Freiräume von Kindern und Jugendlichen bedroht, da Spielplätze und Schulhöfe vor diesem Milieu dringend geschützt werden müssen und so Freiräume eingeengt werden.

Des Weiteren sind die betroffenen Frauen in einer äußerst prekären Situation und zumeist Menschenhandel, Gewalt und Zwangsprostitution ausgesetzt. Neben dem Verbot der Straßenprostitution muss der Senat für eine hinreichende soziale und gesundheitliche Beratung und

Fürsorge der betroffenen Frauen sorgen. Die Verordnung hat dabei zu gewährleisten, dass sich die Straßenprostitution nicht auf andere Stadtgebiete verlagert.

Wir teilen daher die Aussage des Bezirksbürgermeisters von Mitte, von Dassel, dass die Koalition hier endlich Farbe bekennen muss und „sich nicht weiter wegducken“ darf.

Deswegen fordern wir den Senat auf, endlich ein entschiedenes Zeichen gegen diese Missstände zu setzen und diesen Zustand nicht weiter vor sich hin gären zu lassen.

Berlin, 5. September 2017

Graf Rissmann Dr. Ludewig Dregger Simon Vogel
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU